Nr. 116. 36. Jahrg.

Abend-Ausgabe.

10 Pfennig

Bezugspreis:
Wöchentlich 1,50 M., monatl. 6,00 M. frei ins Haus, vorausgezahlt. Einzelne Nummern 10 Pfennig. Postbezug: Monatlich 6,00 M., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Streifband für Deutschland u. Österreich-Ungarn 7,50 M., für das übrige Ausland 9,75 M. bei täglich zweimaliger Zustellung 7,75 M. Postbestellungen nehmen in Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und der Schweiz entgegen die Post-Zeitungs-Verwaltung.
Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Kolonelzeile kostet 1,50 M. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 50 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 25 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 40 Pfg., jedes weitere Wort 20 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 1,20 M. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Dienstag, den 4. März 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Die Streiks in Berlin.

Der Generalstreik in Berlin ist ausgebrochen durch eine Ueberrumpelung des Spartakusbundes. Auf dem Parteitag der Unabhängigen hat gestern Haase in schärfster Form dagegen Protest erhoben, daß der Generalstreik vom Spartakusbund schon Montag früh kommandiert wurde, noch ehe irgend eine berufene Instanz der Berliner Arbeiterbewegung Gelegenheit hatte, zu dieser für ganz Berlin lebenswichtigen Frage Stellung zu nehmen.

Leider hat sich die Vollversammlung der A.- u. S.-Räte überrumpeln lassen. Schuld daran trägt die unselige Zerrissenheit der Bewegung und der unsinnige Haß der Unabhängigen gegen die Mehrheitspartei. Die Unabhängigen wollen sich nicht nachsagen lassen, daß sie im Kampfe gegen die Mehrheitssozialisten schlapp seien. Darum haben sie diesen Massenstreik beschlossen, der sich nach der Absicht der spartakistischen Drahtzieher eigentlich nicht so sehr gegen den Kapitalismus wie gegen die eigenen anders denkenden Klassengenossen richtet.

Heute morgen ist ein „Mitteilungsblatt des Vollzugsrats der A.- u. S.-Räte" Groß-Berlins erschienen, das im „Auftrag der Streikleitung" gedruckt sein soll. Verantwortlich gezeichnet ist es vom „Freiheit"-Redakteur Wielepp. Dieses „Mitteilungsblatt" ist kein Blatt des Vollzugsrats und ist nicht im Auftrag der Streikleitung herausgegeben. Vollzugsrat und Streikleitung bestehen zur Hälfte aus unseren Parteigenossen, diese aber müssen jede Verantwortung für den Inhalt des „Mitteilungsblattes" ablehnen, das in parteiischer Weise gegen die Politik der Mehrheitssozialisten Stimmung macht.

Das „Mitteilungsblatt" muß selber melden, daß es schon am Montag abend, als von einem Eingreifen der Staatsgewalt noch keine Rede war, zu Plünderungen und Radauszenen gekommen ist. Trotzdem hetzt es gegen die Maßnahmen, die leider notwendig geworden sind, um dem vom Mitteilungsblatt selbst so benannten „lichtscheuen Gesindel" entgegenzutreten. Wir haben in der „Freiheit", als deren geradlinige Fortsetzung dieses sog. „Mitteilungsblatt" zu betrachten ist, kein Wort des Protestes gefunden, als die Bremer Spartakisten den Belagerungszustand über Bremen verhängten, kein Wort des Protestes, als fast die ganze Berliner Presse einschließlich des „Vorwärts" vom Spartakus-Terror unterdrückt war, kein Wort des Protestes, auch, als die spartakistisch-unabhängige Pressezensur in Bayern jede wahrheitsgemäße Mitteilung über den Mordanschlag auf den Genossen Auer und das Komplott gegen die bayerische Nationalversammlung unterdrückte. Ein Blatt, das unter der Verantwortung des „Freiheit"-Redakteurs Wielepp erscheint, hat daher als letztes das Recht, sich über die Maßnahmen zu entrüsten, die die rechtmäßige vom ganzen Volk eingesetzte Regierung gegen „lichtscheues Gesindel" für notwendig hält.

Indes, wichtiger ist, was aus der ganzen Geschichte werden soll. Die von der Vollversammlung der A.- u. S.-Räte beschlossenen Forderungen sind im allergrößten Durcheinander zustande gekommen und enthalten daher neben manchem Erfüllbaren auch manches Unerfüllbare. In der Form, in der sie vom „Mitteilungsblatt" veröffentlicht werden, enthalten sie gegenüber den Beschlüssen der Vollversammlung immerhin schon einige bemerkenswerte Abstriche, es wird aber noch mehr gestrichen werden müssen, wenn etwas Vernünftiges herauskommen soll. Jeder denkende Arbeiter wird einsehen, daß man Forderungen, die für den Gang der Justiz, der Militärgesetzgebung, die auswärtige Politik genaue Anweisungen erlassen, durch einen Streik nicht durchsetzen kann. Wenn heute hier für eine politische Forderung und morgen dort für jene gestreikt würde und wenn die Regierung ihre Politik immer nach der letzten Forderung einer erregten Streikversammlung einrichtete, so wäre das ein Tollhaus. So kann kein Land der Welt regiert werden!

Man wird also mit der Regierung darüber reden müssen, was gemacht werden kann und was nicht. Und da wird sich, wie schon gestern gesagt, ein Anknüpfungspunkt in der Frage der Arbeiterräte ergeben, in der ja eigentlich keine Widerstände mehr zu überwinden sind. Die Regierung ist bereit, die Arbeiterräte als die wirtschaftliche Vertretung der Arbeiterklasse anzuerkennen und sie mit weitgehenden Rechten auszustatten. Sie ist mit uns davon überzeugt, daß sich aus dem Sturm und Drang der Arbeiterräte etwas für die Arbeiterschaft Nützliches herauskristallisieren wird. Allerdings werden die Arbeiter selbst darauf bedacht sein müssen, sich Vertrauensleute zu wählen, die fest und mit praktischem Sinn ihre Interessen vertreten und die nicht in leichtfertiger Weise mit ihrem Schicksal spielen.

Wir hoffen, daß sich in einer Aussprache mit der Regierung die von unverantwortlichen Elementen gewollten Mißverständnisse rasch aufklären werden und daß bald wieder die Arbeit in vollem Umfange wieder aufgenommen wird. Es kann auch nicht schaden, wenn sich die Kapitalisten und die sonstigen rechtsstehenden Elemente bei dieser Gelegenheit vom Ernst der Lage überzeugen und begreifen lernen, daß die Zeit ihrer Herrschaft vorüber ist. Der Sozialdemokratie fällt es nicht ein, sich von dem Weg ihres Programms, der zum Sozialismus führt, auch nur um Zollbreite nach rechts abdrängen zu lassen. Sie glaubt an die große Zukunft der Arbeiterklasse, wenn sie auch mit schmerzlichem Bedauern sieht, wie jetzt ein Teil der Arbeiterklasse in verhängnisvoller Weise gegen sich selber wütet. Ohne bittere Erfahrungen geht ein solcher großer Entwicklungsprozeß nun einmal nicht ab.

Der Streik, der heute schon weit davon entfernt ist, allgemein zu sein, wird in ein paar Tagen sein Ende finden und hoffentlich zu einer Ernüchterung jener Arbeiterkreise führen, die mit dem Kopf durch die Wand wollen. Sie lassen sich jetzt noch einreden, daß nur die Schlechtigkeit der Mehrheitssozialisten daran Schuld trägt, wenn es nicht gelungen ist, aus dem vollkommenen Niederbruch eines durch vierjährigen Krieg verarmten Staats von heute auf morgen ein Reich der sozialistischen Herrlichkeit aufzurichten. Sie werden einsehen müssen, daß der allgemeine Zustand unseres Volkes und unserer Volkswirtschaft das eigentliche Hindernis ist, und daß das Tempo der großen Umwälzung, in der wir uns befinden, durch fiebernde Ungeduld nicht beschleunigt werden kann.

Dann wird auch wieder die Zeit gekommen sein, in der sich die Arbeiterschaft zum gemeinsamen planmäßigen, methodischen Kampf gegen ihre gemeinsamen Gegner vereinigen kann. Die von Spartakisten und Unabhängigen geschürte Uneinigkeit ist der schlimmste Feind der Arbeiterbewegung. Erst wenn er überwunden ist, kann es weitergehen mit geschlossener Kraft vorwärts!

Keine Besetzung des Polizeipräsidiums.

Die durch ihre wahrheitswidrigen Sensationsnachrichten trotz ihres kurzen Bestehens bereits zur „Berühmtheit" gelangte „Neue Berliner Zeitung" meldet heute mittag, das Polizeipräsidium sei in der verflossenen Nacht von Angehörigen der Volksmarinedivision besetzt worden. Wie uns auf Anfrage im Präsidium erklärt wird, ist an der Behauptung kein wahres Wort.

Berlin und die Streiks.

Die Nachricht, daß am Dienstagmorgen in Groß-Berlin der Generalstreik in Kraft treten werde, hatte sich schon in den späten Nachmittagstunden in Berlin und in den Vororten verbreitet. Die Nachricht, die zuerst als Gerücht auftrat und infolgedessen anfangs nicht überall Glauben fand, nahm in den Abendstunden indessen immer festere Formen an. Zuerst waren es die Fahrer und Schaffner der Großen Berliner Straßenbahn, die den Fahrgästen mitteilten, daß die Wagen nur noch bis 7½ Uhr verkehren und dann in die Depots zurückkehren würden. Auf die zahllosen Gerüchte fand

ein Sturm auf die Lebensmittelgeschäfte

statt. Vor allem waren es die Bäckereien, die förmlich belagert wurden. Die Hausfrauen suchten sich möglichst für die ganze Woche einzudecken. So kam es, daß in den meisten Bäckereien in den Nachmittagsstunden kein Brot mehr zu haben war. Infolgedessen wurden die meisten Geschäfte geschlossen, und das Publikum durch die Mitteilung beruhigt, daß am Dienstagmittag wieder Brotausgabe stattfinden werde. An einzelnen Stellen, wie in der Rosenthaler-, Brunnen- und Invalidenstraße, ebenso am Wedding beruhigten sich die Käuferinnen jedoch mit dieser Zusicherung nicht und so wurden einige Läden gewaltsam geöffnet. Es kam jedoch fast nirgendwo zu ernstlichen Ausschreitungen, da die Bäcker die Versicherung abgaben, daß die Lebensmittelbranche von dem Generalstreik nicht berührt werde. Aehnliche Szenen spielten sich vor Schlächtereien und Lebensmittelgeschäften ab.

Das Straßenbild

im ganzen war bis in die ersten Abendstunden hinein ruhig. An den Straßenecken, auf freien Plätzen bildeten sich, wie immer bei ähnlichen Gelegenheiten, Gruppen von Leuten, die eifrig debattierten, und es kam bei dem Austausch der politischen Ansichten, die zeitweise recht erregten Charakter annahmen, zu kleinen Zusammenstößen, die jedoch harmlos abliefen. Unter den Linden, in der Wilhelmstraße, in der Leipziger Straße herrschte zwar ein außerordentlich starker Verkehr, doch kam es dort zu keinen Ausschreitungen. Die meisten Geschäftsinhaber hatten ihre Lokale geschlossen, ebenso viele Restaurants und Gastwirtschaften. Die Theater dagegen spielten ohne Ausnahme und ebenso waren die Tanzlokale geöffnet.

Die Reichskanzlei

wies äußerlich kaum ein verändertes Bild auf. Die Wachen waren zwar verstärkt und die mächtigen, eisernen Tore geschlossen worden. Auf dem Hofe des, fast ganz im Dunkel liegenden Gebäudes patrouillierten die verstärkten Posten auf und ab. Daß im Hause trotz der scheinbaren Ruhe intensiv während der Nachtstunden gearbeitet wurde, erkannte man schon aus dem fortwährenden Kommen und Gehen von Ordonnanzen und Kurieren. Autos sausten ohne Unterlaß durch die fast dunkle Wilhelmstraße.

Im Polizeipräsidium wurde dem Vertreter einer Korrespondenz folgendes mitgeteilt:

Im Laufe des heutigen Nachmittags ist es an verschiedenen Stellen der Stadt zu starken Unruhen gekommen. In der Weinmeister-, Gormon-, Münz- und Rosenthaler Straße versammelten sich im Laufe des Nachmittags starke Mengen, unter denen sich auch zahlreiche Bewaffnete befanden und die vor die Polizeireviere zogen. Bis gegen 12 Uhr nachts waren bereits etwa

20 Polizeireviere von der Menge gestürmt

und besetzt worden, wobei sich die Demonstranten der dort befindlichen Waffen bemächtigten. Die Truppen wurden gezwungen, die Wachlokale zu verlassen, in denen bewaffnete Zivilpersonen zurückblieben. Auf dem Alexanderplatz bildeten sich gegen 5 Uhr nachmittags starke Ansammlungen. Es wurden zahlreiche Reden vom Denkmal der Berolina gehalten. Sicherheitsmänner suchten die Menge zu zerstreuen. Es wurde geschossen, wobei mehrere Zivilisten verwundet und ein Soldat erschossen worden ist. Das Polizei-Präsidium ist durch Beamte sehr stark besetzt worden, so daß es als gesichert gelten kann.

Bei den Schießereien am Alexanderplatz wurde das Gebäude Neue Königstraße 46 sehr stark beschädigt. Fast alle Fensterscheiben sind zertrümmert worden. In einige Geschäfte drangen Personen ein und plünderten dort. Die Ansammlungen in der dortigen Gegend hielten bis in die späten Nachtstunden hinein an. Auch in der Rosenthaler Straße sind verschiedene Geschäfte ausgeplündert worden.

Plünderung eines Warenhauses.

Gegen 4 Uhr morgens hatten Plünderer die Schaufenster des Warenhauses Loiserstein, Wörther- Ecke Ackerstraße, die mit Konfektion und Pelzwaren dekoriert waren, eingeschlagen und die darin ausgestellten Sachen auf mitgebrachten Wagen mitgenommen. Es waren etwa 10 Personen, alles Männer, darunter mehrere in Soldatenkleidung, daran beteiligt. Alle waren bewaffnet, zwei davon trugen Karabiner. Die patrouillierende Sicherheitswache war ohnmächtig, da man die Schutzleute am Abend vorher auf dem Revier entwaffnet hatte.

Der Bürgerstreik als Folge des Generalstreiks.

Wie der B. S.-Korrespondenz mitgeteilt wird, dürfte als Antwort auf den Generalstreik in kurzer Zeit der Bürgerstreik erfolgen. Man hat sich zunächst mit der Regierung in Verbindung gesetzt. Sollte es nicht gelingen, der Bewegung in Berlin Herr zu werden, wird der Bürgerrat Groß-Berlin gemäß seinem Beschluß am Sonntagmittag die Bürger Berlins zum Gegenstreik aufrufen. Wie jedoch betont wird, soll dieses Mittel erst dann angewendet werden, wenn Verhandlungen der dazu berufenen Instanzen ohne Resultat bleiben sollten.

Die Oberpostdirektion

hat sich zur Streiklage wie folgt geäußert: Die Stimmung unter den Beamten ist im allgemeinen für den Generalstreik nicht sehr günstig. Man muß jedoch damit rechnen, daß die Streikenden die Beamten an der Ausübung ihrer Tätigkeit hindern werden. Um Zusammenstöße zu verhindern, wird deshalb erwogen, die öffentlichen Anstalten, wie die Postämter, die Telephonämter, das Hauptpaketamt und die anderen Stellen zu schließen. Die Direktion wird jedoch lediglich dem Beschluß der Beamten folgen und so läßt sich etwas Sicheres zur Stunde noch nicht sagen. Am Montagabend nun im Laufe der Nacht haben an allen Dienststellen Versammlungen der Beamten stattgefunden, in denen man sich über weitere Maßnahmen klar werden wollte. Im Laufe des heutigen Dienstag wird in der O. P. D. eine Sitzung der Beamtenräte stattfinden, in der über die Haltung der Beamten endgültig Beschluß gefaßt werden wird. — Im Laufe der Nacht ist auf den meisten Postämtern noch gearbeitet worden. Soweit bereits von den Bahnhöfen die Pakete herangeführt werden konnten, was bei dem Aussetzen der Straßenbahn recht erhebliche Schwierigkeiten bereitete, wurde noch sortiert. Die Briefpost konnte zum Teil durch Fuhrwerke noch herangebracht werden und ist auch sortiert worden. Bestellungen der Briefsendungen haben heute morgen allerdings nur zum Teil stattfinden können, da der größte Teil der Postboten den weiten Weg von der Wohnung zur Dienststelle zu Fuß zurücklegen mußte und infolgedessen erst sehr spät zum Dienst kam.

Der Generalausstand bei den Straßenbahnen.

Die Verwaltung der Großen Berliner Straßenbahn war schon seit Tagen zu der Ueberzeugung gelangt, daß ein Generalstreik bevorstehe. Gegen 4 Uhr nachmittags benachrichtigten die Berliner Elektrizitätswerke die Verwaltung der Großen Berliner Straßenbahn, daß um 8¼ Uhr abends der Strom ausgeschaltet werden würde, weil die Elektrizitätsarbeiter in den Ausstand treten würden. So gab denn die Verwaltung der Großen Berliner Straßenbahn ihren Bahnhöfen den Befehl, die im Betrieb befindlichen Wagen baldmöglichst einzuziehen. Um 8 Uhr mußte der letzte Wagen auf dem Hofe sein. Bei dem Publikum, das die Straßenbahn benützt,

hatte sich die Kunde von dem zu erwartenden Aufhören des Straßenbahnbetriebs bald herumgesprochen. So waren die Wagen am gestrigen Spätnachmittag derartig überfüllt, daß die Passagiere aneinandergehängt im Innern der Wagen und auf den Perrons standen. An den meisten Haltestellen, die nach den Vororten führten, standen Hunderte von Personen, die darauf warteten, in ihre Wohnorte befördert zu werden. Sie konnten beim besten Willen nicht mehr mitgenommen werden und mußten nach stundenlangem Warten den oft weiten Weg nach Hause zu Fuß zurücklegen.

Die Betriebseinstellung der Hoch- und Untergrundbahn.

Aehnliche Szenen spielten sich auf den Bahnhöfen der Hoch- und Untergrundbahn ab. Die Beamten dieser Gesellschaft haben während der ganzen schweren Wochen des Aufruhrs und der Spartakuswirren sowie während des Elektrizitätsstreiks ihre Pflicht und Schuldigkeit in hohem Maße getan. So glaubten sie, wenn es zum Streik käme, wenigstens bis gestern um Mitternacht Dienst tun zu können, um so den voraussichtlich stockenden Straßenbahnverkehr nach Möglichkeit zu entlasten. Auch von einem Elektrizitätsstreik hatte die Hoch- und Untergrundbahn nichts zu befürchten, da sie ein eigenes Kraftwerk besitzt, das militärisch stark besetzt ist. Gegen 7 Uhr abends drangen plötzlich eine Anzahl Personen auf dem Bahnhof Nordring ein und besetzten denselben. Die Ausständigen erklärten, daß der

Hoch- und Untergrundbahnverkehr sofort aufzuhören habe,

und daß sie das Auslaufen von Zügen mit Gewalt zu verhindern wissen würden. Die Direktion der Hoch- und Untergrundbahngesellschaft wurde von diesem Vorgang sofort benachrichtigt und sie wandte sich zugleich an die Kommandantur mit der Bitte um militärische Hilfe. Es wurde ihr jedoch erwidert, daß dies am gestrigen Tage ein Ding der Unmöglichkeit sei und daß das Militär nicht einzelne derartige öffentliche Gebäude schützen könne. Um Schädigungen und Verheerungen vorzubeugen, zog daher die Direktion es vor, den Verkehr gegen 8½ Uhr abends einzustellen. Gegen 9 Uhr abends lagen die Bahnhöfe im tiefen Dunkel.

Der Omnibusverkehr.

hörte gleichfalls bei Eintritt der Dunkelheit auf. Hier waren es die Angestellten, die erklärten, daß sie in den Ausstand treten müßten, weil die Straßenbahner und die Hochbahnangestellten die Arbeit niedergelegt hätten. Außerdem, so ließen sie der Direktion erklären, seien sie ihres Lebens nicht sicher, wenn sie weiter fahren würden.

Plünderungen in Berlin.

Im Laufe des Abends und der heutigen Nacht ist es an vielen Stellen zu schweren Ausschreitungen des Janhagels gekommen. Elemente, die mit den Streikenden nichts zu tun haben und die die günstige Gelegenheit ausnutzten, um im Trüben zu fischen, haben in der Nähe des Alexanderplatzes, in der Münzstraße, Neuen Königstraße und Landsberger Straße zahlreiche Geschäfte ausgeplündert. Da die polizeiliche Kontrolle und ebenso die Tätigkeit der Soldatenwehren vollständig versagten, zogen die Plünderer in Rotten durch die Straßen. Zunächst zertrümmerte man die Laternen und brach dann im Schutze der Dunkelheit in die Geschäfte ein. Namentlich die Goldwarengeschäfte in der dortigen Gegend sind

vollständig ausgeraubt

worden. Auch die Kaufhäuser am Alexanderplatz sind ausgeplündert worden. In der Rosenthaler Straße versuchten halbwüchsige Burschen in eine Gastwirtschaft einzudringen. Der Besitzer verweigerte ihnen mit seinem Sohn jedoch den Eingang und beide feuerten, als die nächtlichen Gäste nicht weichen wollten, mit Karabinern auf die Einbrecher. Dabei wurde ein bisher unbekannter Mann getötet. Die anderen flüchteten und entkamen im Dunkel der Nacht.

Auch in Moabit sind im Laufe der heutigen Nacht Ausschreitungen vorgekommen, doch liegen bis zur Stunde noch keine Nachrichten vor.

Feuergefecht in Lichtenberg.

Zu einem sehr heftigen Feuerkampf, bei dem drei Polizeibeamte getötet und etwa 6 bis 7 Spartakisten tödlich verletzt wurden, ist es heute Nacht in Lichtenberg gekommen. Es wird darüber folgendes gemeldet:

Heute Nacht kurz vor 12 Uhr erschien ein Trupp von etwa 50 Personen, die stark bewaffnet waren, vor dem Polizeirevier 1 in der Müggelstraße in Lichtenberg. Die Anführer ersuchten den Reviervorsteher, mit seinen Leuten das Polizeirevier zu verlassen und sicherten allen Beamten freien Abzug zu. Nach kurzer Beratung erklärten die Wachleute, daß sie unter gar keinen Umständen die Wache übergeben würden, forderten vielmehr die Spartakisten auf, auseinanderzugehen, da man sonst von der Waffe Gebrauch machen werde. Das war das Signal zum Kampf. Die Ruhestörer versuchten in das Haus einzudringen, erhielten jedoch mehrere Salven und mußten zunächst zurückweichen. Inzwischen hatte die eingeschlossene Besatzung sich um Hilfe an die Polizeireviere 5 und 6 gewendet, deren Mannschaften schleunigst heranrückten. Es kam nun zu einem sehr heftigen Feuergefecht, bei welchem der Polizeiwachtmeister Nürnberg getötet, Malletzki und Weik tödlich verletzt und der Wachtmeister Müller leicht verwundet wurde. Die Angreifer hatten 6 Tote und einige Verwundete. Gegen 2 Uhr zogen die Spartakisten sich zurück.

In den Fabriken.

Das Straßenbild am heutigen Morgen unterschied sich in fast nichts von dem sonst. In den Arbeitervierteln gingen die Männer und Frauen von 6 Uhr morgens an, wie immer, zur Arbeit. Der Verkehr auf den Straßendämmen und Bürgersteigen war sogar noch ein viel größerer, weil die Straßenbahnen fehlten. Zu Fuß mußten die weiten Wege zurückgelegt werden. Die Arbeiter traten in den meisten Fabriken zur gewohnten Arbeitszeit an und es wurde bis zur Frühstückspause auch gearbeitet. Dann aber änderte sich das Bild. Die Vertrauensleute riefen zu einer Betriebsversammlung auf, die entweder in der Fabrik selbst oder aber in einem benachbarten Restaurant abgehalten wurde. Sie dauerte 1 bis 2 Stunden, denn es fehlte vielfach nicht an scharfem Widerspruch von solchen, die den Generalstreik nicht gutheißen konnten. Dann, nach der Frühstückspause, wurde in den Generalausstand getreten. Im einzelnen erfahren wir: In der Berliner Maschinenbau-A.-G. vorm. L. Schwartzkopff in der Scheringstraße wurde bereits am Montagnachmittag der Generalausstand verkündet. Am heutigen Morgen erschien auch nicht ein Arbeiter in den Werkstätten, nur das Bureaupersonal arbeitet noch. In der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft begann der Ausstand zuerst in den Turbinenwerken, nachdem die Deputation, die zur gestrigen Vollsitzung des Arbeiterrats Groß-Berlin entsandt worden war, mit dem Bescheid, daß der Generalstreik proklamiert sei, in die Werkstätten zurückgekehrt waren. Die Glühlampen-Fabrik der A. E. G. in der Wilsnacker Straße hörte heute morgen auf, starke, dortselbst aufgestellte Streikposten verhinderten die Arbeitswilligen, namentlich Frauen, die Fabrik zu betreten. Bei Borsig in Tegel wurde noch am heutigen Morgen gearbeitet, doch läßt sich noch gar nicht übersehen, wann und in welchem Umfange dort der Generalstreik ausbricht. Die Arbeiter erklärten, daß sie sich erst im Laufe des heutigen Vormittags zu einer Antwort entschließen könnten. Und dieselben Nachrichten geben auch von zahlreichen anderen Fabriken zu. Ueberall sind die Arbeiter zur Arbeit angetreten, aber inzwischen dürfte es sich entschieden haben, ob die Essen weiter rauchen, die Maschinen weiter rasseln werden oder ob in Zentren der Industrie Groß-Berlins für kurze oder lange Zeit Friedhofsruhe herrschen wird.

Kein Streik der städtischen Arbeiter.

Wie der Magistrat der Stadt Berlin mitteilt, besteht kaum Aussicht, daß sich die städtischen Arbeiter dem Generalstreik anschließen werden. Heute morgen sind die Straßenreiniger sowie die Angestellten der Gaswerke und der anderen städtischen Betriebe zur Arbeit erschienen. Es ist als sicher anzunehmen, daß die Angestellten der für die öffentliche Gesundheitspflege notwendigen Anstalten ihren Dienst weiter versehen werden.

Der Vorort- und Ringbahnverkehr.

wurde am heutigen Dienstagmorgen in vollem Umfange aufgenommen. Die Züge verkehrten wie gewöhnlich. Da die Straßenbahner sich im Ausstand befinden, waren die aus den Vororten kommenden Personenzüge außerordentlich überfüllt. Man sah vielfach, daß die Reisenden sich auf die Trittbretter schwangen und auf die Dächer der Wagen kletterten, um eine Fahrgelegenheit zu haben. Der Mangel an Lokomotiven machte freilich das Einlegen von Sonderzügen unmöglich. Der Fernverkehr wurde im selben Umfang aufrechterhalten wie an den Tagen zuvor. Es ist jedoch nicht ganz ausgeschlossen, daß, falls es in Berlin zu größeren Unruhen kommen sollte, die Eisenbahndirektion den Verkehr nach Berlin einstellen wird.

Die „Rote Fahne" besetzt.

Wie wir einer Korrespondenz entnehmen, ist die „Rote Fahne" in der heutigen Nacht von Regierungstruppen besetzt worden.

Gegen den Streik.

In der Berlin-Anhaltischen Maschinenfabrik wurde heute vormittag eine geheime Abstimmung über die Teilnahme am Streik vorgenommen. Es stimmten 302 für 868 gegen den Streik. Unter den 868 Stimmen gegen den Streik waren die der Angestellten mit enthalten. Die Anhänger der U. S. P. D. sowie der Kommunisten forderten jetzt plötzlich die Ausschaltung der Angestellten von der Abstimmung. Im Laufe der weiteren Verhandlungen wurde eine nochmalige Abstimmung unmöglich gemacht und einfach betont, daß an dem Beschluß des Generalstreiks durch Abstimmungen nicht mehr geändert werden könne.

Ein für den Generalstreikbeschluß geradezu vernichtendes Ergebnis hatte die geheime Abstimmung in der Betriebsversammlung der Firma Dr. Erich Huth, Gesellschaft für Funkentelegraphie. Hier erklärten sich 205 Anwesende gegen den Generalstreik und nur 40 dafür.

Das sind nur einige Stichproben; sie beweisen, daß in der Arbeiterschaft durchaus nicht jener Generalstreikwille vorhanden ist. Das Groß der Arbeiterschaft hat die Gefahren, die in der fortgesetzten Beunruhigung und gänzlichen Unterbindung des wirtschaftlichen Lebens liegen, wohl erkannt.

•

In Spandau ruht in sämtlichen Militärwerkstätten die Arbeit. In der Gewehrfabrik und in der Artilleriewerkstatt kam es heute morgen zu großen Kundgebungen gegen den Generalstreik.

Es wurde durchgesetzt, daß in der Artilleriewerkstatt morgen vormittag eine geheime Abstimmung über den Generalstreik vorgenommen wird. Das Kreiskraftwerk ist ebenfalls vom Streik ergriffen, so daß sämtliche Betriebe dadurch stillgelegt sind. Auch der Straßenbahnverkehr ruht.

•

Die auf dem Boden der G. P. D. stehenden Angehörigen des Bekleidungs-Instandsetzungsamts können sich, da die beantragte geheime Abstimmung betr. Generalstreik nicht stattgefunden hat, am Donnerstag früh 9 Uhr, zur Arbeit einfinden. Für ausreichenden Schutz ist gesorgt.

•

Arbeiter der Artillerie-Werkstatt Nord, Spandau. Morgen früh, 8 Uhr, geheime Abstimmung über den Generalstreik.

Die Forderungen der Streikenden.

Nach dem „Mitteilungsblatt" der Streikleitung sind die Forderungen der Streikenden folgende:

Politische Forderungen.

1. Anerkennung der A- und S-Räte.
2. Sofortige Durchführung der Hamburger Punkte, die Kommandogewalt betreffend.
3. Freilassung aller politischen Gefangenen, insbesondere Freilassung des Genossen Ledebour, Niederschlagung aller politischen Prozesse, Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit, Verweisung aller militärischen Vergehen an die Zivilgerichte, insbesondere sofortige Aufhebung aller militärischen Standgerichte, sofortige Verhaftung aller Personen, die an politischen Morden beteiligt waren.
4. Sofortige Bildung einer revolutionären Arbeiterwehr.
5. Sofortige Auflösung aller durch Werbung zustandegekommenen Freiwilligenverbände.
6. Sofortige Anknüpfung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur Sowjetregierung Rußlands.

Wirtschaftliche Forderungen.

Die Forderungen beziehen sich auf die Anerkennung und Festlegung der Rechte der A- und S-Räte. Sie entsprechen den Richtlinien, die vom Vollzugsrat für die Arbeiterräte ausgearbeitet worden sind und von der Regierung abgelehnt wurden. Diese Forderungen werden hiermit von neue erhoben. Sie lauten:

Die Arbeiterräte sind die berufene Vertretung der werktätigen Bevölkerung. Sie haben die Aufgabe, die Neuordnung in Deutschland zu sichern und auszubauen. Sie haben die Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten beider Geschlechter in Privatunternehmungen, kommunalen und staatlichen Betrieben wahrzunehmen und eine eingehende Kontrolle der Betriebe auszuüben. Das Ziel ihrer Tätigkeit muß die schleunige Sozialisierung des Wirtschafts- und Staatslebens sein.

Die Arbeiterräte Groß-Berlins gehen hervor aus der werktätigen Bevölkerung eines Gebietes, das im allgemeinen von den Grenzen des Zweckverbandes eingeschlossen wird.

Die Vollversammlung der Arbeiterräte in Verbindung mit den Soldatenräten Groß-Berlins ist die höchste Instanz für die Arbeiterräte und deren Betätigung. Ihren Beschlüssen Geltung zu verschaffen, ist Pflicht der werktätigen Bevölkerung.

Die zehn Gebote der Arbeiter.

Aus einem Flugblatt der 48er Revolution.

Die sozialen Ideen, die während einer Revolution vorherrschend sind, geben über den Charakter der Umwälzung den sichersten Aufschluß, zeugen von der Zusammensetzung der verschiedenen Volksklassen, vor allem aber von dem erlangten Reifegrad der Arbeiterklasse. Das Deutschland der 48er Revolution aber war vorwiegend kleinbürgerlich, weder eine starke kapitalistische Bourgeoisie noch ein kraftvolles, klassenbewußtes Proletariat waren vorhanden. Diesem sozialogischen Entwicklungsstand entsprach der revolutionäre Geist wie er in nachstehendem Flugblattauszug typisch zum Ausdruck kommt: Der Mangel an ökonomischer Einsicht, begründet in der ökonomischen Rückständigkeit Deutschlands, wird ersetzt durch ethische und moralische Räsonnements. Aber der Geist des Ganzen, der gesunde und natürliche Instinkt, die offene und gerade Art, die sich in den zehn Geboten bekundet, dürfte auch in unserer verwirrten Zeit, wo der Streit um den Arbeiter und die Arbeit heftig tobt, noch von einigem Nutzen sein.

Erstes Gebot: Du sollst arbeiten. Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen. So steht es geschrieben. Und doch essen viele, die nicht arbeiten. Das muß aufhören.

Zweites Gebot: Du sollst keinen Müßiggänger neben dir dulden. Wenn du einen siehst, der müßig neben dir steht und fähig zur Arbeit ist, so gib ihm ein Schurzfell und eine Hacke und sprich zu ihm: „Jetzt schaffe! Denn siehe, Bruder, wenn du müßig gehst, muß ich deinen Teil Arbeit mit übernehmen und das ist unrecht. Darum schaffe, reicher Müßiggänger."

Drittes Gebot: Du sollst keine Sklavenarbeit verrichten. Alle Menschen sind frei und gleich. Es wird keiner als Sklave geboren. Es braucht keiner ein Sklave zu werden. Deine Arbeit kann und muß eine freie sein, eine solche, die deinen Fähigkeiten und Neigungen entspricht, deinen Geist nicht erdrückt und deinen Leib nicht erschlafft. Nicht zum Vorteil eines andern sollst du arbeiten und zum Nachteil deiner selbst. Nicht als Sklave für einen Herrn sollst du arbeiten, sondern als freier Mann für dich und deinen Bruder, der gleichfalls wiederum für dich und sich arbeitet. Die einzigen Sklaven, die es geben soll auf dieser Welt, das sind die Maschinen, die dem Menschen untertan sind.

Viertes Gebot: Du sollst gerechten Lohn für deine Arbeit fordern. Wenn man dir sagt, die Geschäfte gehen schlecht, dein Lohn muß verkürzt werden, du mußt dich fügen in die schlechte Zeit usw. — und dir so nach und nach den gerechten Lohn entzieht und dich zum elendsten der Lasttiere macht, so antworte: Die schlechte Zeit macht ihr, nicht ich. Eurer Habsucht, eurer unersättlichen Geldgier, eurer tollen Konkurrenz wegen gehen die Geschäfte schlecht; ihr überrennt euch einer den andern und in euren Fall wollt ihr uns Arbeiter mit hineinziehen. Das muß aufhören! Wir haben den Preis der Waren zu bestimmen. Wir, die sie schaffen, nicht ihr. Wir wollen einen gerechten Lohn für unsere Arbeit, denn jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert.

Fünftes Gebot: Du sollst keinen Hunger leiden. Siehst du, es fällt kein Sperling von dem Dache aus Hunger; kein Wurm kriecht im Grase, der sich nicht sättigt; kein Fisch schwimmt im Wasser, der verschmachtet. Und du, Mensch, müßtest Hunger leiden? Warum das? Baust du nicht das Ackerfeld, reifen dir nicht die Aehren in die Hand, bäckst du nicht selber das Brot, brichst du nicht selber die Frucht vom Baum? Warum sollst du Hunger leiden? Ein Narr, der für andere arbeitet und für sich hungert.

Sechstes Gebot: Du sollst nicht in zerrissenen Kleidern gehen. Die Veilchen auf den Wiesen, die Rosen in den Gärten haben schimmernde Gewänder an, der Vogel trägt ein schmuckes Federkleid, der Bär hat einen ganzen warmen Pelz. Hast du nicht den Flachs gesäet und die Seide gesponnen, hast du nicht des Königs Purpurmantel gewebt? Warum wüßt du in Lumpen gehen?

Siebentes Gebot: Du sollst dich deines Lebens freuen. Der Zweck des Lebens ist, daß der Mensch glücklich sei. Hast du alles getan, was nötig ist zur Erhaltung und Verschönerung des Menschenlebens — hast du dem Boden die Nahrung abgerungen, hast du dem Geiste Flügel gegeben, d. h. bist du ein ganzer Mensch, gesund an Körper und Geist geworden, so mußt du glücklich sein und dich des Lebens freuen — du und alle deine Brüder!

Achtes Gebot: Du sollst in Ehren leben. Ehre! d. h. es soll keiner über dir stehen und dich verhöhnen: „Arbeiter, unwissender Arbeiter, armer Arbeiter!" Nein, du sollst zu jenen sagen, die bisher von deinem Schweiße sich genährt: „Müßiggänger, arme Müßiggänger! Ich verzeihe euch alles, was ihr an mir verschuldet. Ich reiche euch die Bruderhand. Auch ihr sollt in Ehren leben, durch eure Arbeit!"

Neuntes Gebot: Du sollst dein Ohr verschließen vor den Pfaffen. Der Baum der Erkenntnis ist der Baum des Lebens. Die Pfaffen, die nichts tun wollen und doch leben, schweigen wollen, scheuchen dich zurück vom Baum der Erkenntnis. „Nicht hier," sagen sie, „sollst du genießen, sondern jenseits. Hier dulde, dort oben wirst du belohnt." So bieten sie dir ein Schaugericht, um das wirkliche selbst zu genießen. Du aber sollst erkennen, daß das Recht zu leben zugleich das Recht „glücklich zu sein", hier glücklich zu sein, ist.

Zehntes Gebot: Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst. Nur so gelingt es dir, der Knechtschaft dich zu entziehen. Nur so kannst du wahrhaft frei sein, denn Freiheit und Gleichheit gehen nur von einem Dritten: der Brüderlichkeit, aus. Haß und Neid entzweien, Liebe vereinigt. Einzeln bist du schwach, in Gemeinschaft stark und kräftig. —

Ein Dokument also aus der Frühperiode der deutschen Arbeiterschaft sind diese zehn Gebote. Aber sie bergen doch schon Ideen, die dann als Grundforderungen der Arbeiterbewegung erkannt und sozialistisch durchdacht worden sind.

Notizen.

— **Theater.** Im Lessing-Theater ist die Erstaufführung von Gerhart Hauptmanns Tragikomödie „Der rote Hahn" auf den 12. März festgesetzt worden. — Im Deutschen Theater wird zurzeit Gerhart Hauptmanns „Der arme Heinrich" neueinstudiert. In der nächsten Spielzeit soll ein Hauptmann-Zyklus zur Darstellung gelangen.

— **Künstlerische Vorträge in Wilmersdorf.** Unsere Wilmersdorfer Parteigenossen haben kürzlich einen Zyklus künstlerischer und literarischer Vorträge ins Leben gerufen, die wie ein Beethoven-Abend am letzten Sonntag bewies, sich großen Zuspruchs erfreuen. Einer Ansprache, die in Beethovens Wesen, Werk und Bedeutung einführte, folgten einige Kammermusikstücke aus des Meisters musikschöpferischer Frühzeit, in denen der Einfluß Haydns und Mozarts, mehr noch vielleicht der berühmten Mannheimer Schule erkennbar ist; sie wurde durch A. Liebermann (Cello) und die Damen Steffi Kochale (Geige) und Flora Hedemann (Klavier) zu Gehör gebracht. Schöner Ton, flüssige Technik, schmiegsames Zusammenspiel sicherten trefflichen Gelingen.

Zwischenein kamen Beethovensche Gesänge, darunter mehrere schottische Volkslieder für eine Singstimme mit Triobegleitung nebst einigen berühmteren Lieder des Meisters wie „Adelaide": die erstere Auswirkung leidenschaftlich-dramatischer Zweisprache zwischen einer menschlichen Stimme und dem Klavier als Begleiter. Hilde Flüger fand sich, wenn von etwas baumigem, manchmal auch gepreßtem Ton abgesehen wird, recht gut mit ihnen ab. Das reizende „Faß"lied wurde stürmisch wiedervertangt. ek

— **Vorträge.** „Ein Bekenntnis zu Zeit und Volk" heißt ein Vortrag, in dem Franz Dülberg, der Dichter der Dramen „Korallenkettlin" und „Korinna von Orrelanden", im Lyzeumklub am 5. März, 7½ Uhr, über Deutschlands gegenwärtige Probleme und Aufgaben sprechen wird. Karten und Einführungen durch das Bureau des Klubs, Lützowplatz 8.

— **Akkorde.** Auf unseren Sonntagsartikel schreibt uns ein Musikfreund: „Es liegt wirklich nicht an den Musikanten, wenn breite Schichten (von links wie von rechts) zu wenig gute Musik hören, sie laufen lieber zu den Kinos und Kostümtanzlisten. Unser herrliches Philharmonisches Orchester bietet an den Dienstag- und Mittwochabenden für sage und schreibe 1 M. (der billigste Platz in einem Kino ist schon höher) Volks-Sinfoniekonzerte, die nur klassische, d. h. unübertreffliche Musik bieten, aber wo bleibt das Volk?"

Wir geben diese Frage an das Publikum weiter. Welche Stadt kann wie Berlin sich rühmen, für solch billiges Geld ein solches Orchester zu hören, das zu den besten der Welt zählt?

Aufgaben- und Tätigkeitsgebiet der Arbeiterräte.

a) Für Arbeiterräte der Großbetriebe bzw. der Betriebe, bilde einen selbständigen Wahlkörper bilden.

I. Die Arbeiterräte haben innerhalb der Großbetriebe entscheidenden Einfluß auf Produktions-, Lohn- und Arbeitsverhältnisse auszuüben. Sie haben in der Uebergangszeit für die Aufrechterhaltung der Produktion zu sorgen und ihre Aufmerksamkeit und Energie auf die schleunige Sozialisierung der industriellen Großbetriebe zu richten.

II. Der Arbeiterrat jedes Großbetriebes ist der Direktion und dem Aufsichtsrat mit Sitz und Stimme bei allen zu erledigenden technischen und kaufmännischen Angelegenheiten gleichberechtigt beigeordnet.

III. Der Arbeiterrat hat das Recht, geeignete Personen (Fachleute) für die Besetzung der Ressorts heranzuziehen. (Abteilungen: Kalkulation, Korrespondenz, Registratur, betriebstechnische Bureaus usw.)

b) Für die Arbeiterräte der Kleinbetriebe bzw. der Betriebe, die keinen selbständigen Wahlkörper bilden.

I. Der Arbeiterrat einer zusammengefaßten Gruppe von Kleinbetrieben ist die höchste Instanz in allen technischen und kaufmännischen Fragen der Betriebe, denen er als Arbeiterrat vorsteht. Ihm steht das persönliche Kontrollrecht in jedem Betriebe zu. Er ist verpflichtet, in allen ihm unterstellten Betrieben einen Bevollmächtigten durch die Arbeiterschaft wählen zu lassen. Dieser hat seine Tätigkeit in stetem Einvernehmen mit dem zuständigen Arbeiterrat auszuüben.

II. Die Betriebsinhaber sind verpflichtet, zum Zwecke der Information dem zuständigen Arbeiterrat allwöchentlich einen Tätigkeitsbericht über alle technischen und kaufmännischen Angelegenheiten vorzulegen.

III. Bei Differenzen über Lohn- und Arbeitsbedingungen zwischen Betriebs- und Angestelltenräten und ihrer Geschäftsleiter muß, wenn eine Regelung zwischen den Parteien nicht erzielt wird, der Arbeiterrat zum Zwecke der Entscheidung angerufen werden. Dieser trifft seine Entscheidung im Einvernehmen mit den zuständigen Berufsorganisationen.

c) Für Arbeiterräte der kaufmännischen Betriebe (Banken, Kriegsgesellschaften usw.) gelten die Bestimmungen für die Groß- bzw. Kleinbetriebe in sinngemäßer Anwendung auf die genannten Unternehmungen.

d) Für die Arbeiterräte, die die freien Berufe vertreten, gelten folgende Bestimmungen:

1. Ueberwachung und Sicherung der völligen Freiheit der Presse, der Literatur, Kunst und aller geistigen Arbeit.
2. Förderung starker Talente auf dem Gebiete der bildenden und darstellenden Künste, des Schrifttums und der Musik.
3. Eintreten für eine angemessene und gerechte Entlohnung jeder geistigen und künstlerischen Arbeit.
4. Fürsorge für arbeitsunfähig gewordene Vertreter der freien Berufe und ihrer Hinterbliebenen.
5. Einfluß der geistigen Arbeiter im Angestelltenverhältnis auf ihre Betriebe, entsprechend den Bestimmungen für die Groß- bzw. Kleinbetriebe.

e) Für die Arbeiterräte der Reichs-, Staats- und Kommunalbetriebe, soweit sie Betriebe gewerblicher und kaufmännischer Art vertreten, gelten die sinngemäß angewandten Bestimmungen für die Groß- bzw. Kleinbetriebe.

Den Arbeiterräten der Reichs- Staats- und Kommunalbehörden (Post, Eisenbahn, Justiz, Verwaltung, Lehranstalten usw.) steht der ausschlaggebende Einfluß auf den Geschäftsgang dieser Behörden sowie auf Entlohnung, Beförderung, Disziplinarverfahren, Entlassung usw. innerhalb der einzelnen Behörden zu.

f) Die Arbeiterräte der selbständigen Gewerbetreibenden vertreten die Interessen derjenigen Gewerbetreibenden, die keinerlei Personen gegen Entgelt beschäftigen.

Die Arbeiterräte erhalten für ihre Tätigkeit im Interesse der ihnen unterstellten Betriebe und Arbeiter eine angemessene Entschädigung, die der Unternehmer zu tragen hat. Die Entschädigung muß unbedingt den ausfallenden Arbeitsverdienst decken.

Arbeiterräte, die mehrere Betriebe vertreten, sind berechtigt, entsprechend ihrer Tätigkeit noch besondere Aufwandsentschädigungen zu liquidieren. Für diese besonderen Aufwandsentschädigungen müssen Unterlagen vorhanden sein.

Für Arbeiterräte, die mehrere Betriebe vertreten, sind die Kosten gemeinsam von den Betrieben bzw. Berufsgruppen zu tragen, für welche das in Frage kommende Arbeiterratsmitglied tätig ist. Die Auszahlung der Entschädigung erfolgt durch den Arbeitgeber, bei welchem der Arbeiterrat beruflich tätig ist. Dieser hat das Recht, die für die Tätigkeit des Arbeiterrats erforderlichen Mittel durch ein Umlageverfahren von den zu seinem Wahlkörper gehörenden Unternehmern einzuziehen.

Die Arbeiterräte vorgenannter Berufsgruppen entscheiden über Stillegung der Betriebe im Einvernehmen mit den zuständigen Behörden (Demobilmachungsamt, Reichsarbeitsamt). Die Unternehmer sind nicht berechtigt, ohne Zustimmung des zuständigen Arbeiterrats und der vorgenannten Behörde selbständig den Betrieb stillzulegen.

Teilweise Schließungen der Betriebe sowie Entlassungen von Arbeitern bedürfen gleichfalls der Zustimmung des Arbeiterrats bzw. der zuständigen Behörde.

Arbeiterratsmitglieder dürfen wegen ihrer Tätigkeit auf keinen Fall entlassen werden. Auch bei Entlassungen infolge Arbeitsmangel usw. darf eine Entlassung der Arbeiterratsmitglieder nicht erfolgen, solange der Betrieb überhaupt Arbeiter beschäftigt.

Austritt der Spartakisten aus dem Vollzugsrat.

Weil der „Vorwärts" nicht unterdrückt wird!

Die Spartakisten haben ihren Austritt aus dem Vollzugsrat erklärt, in dem sie zwei Sitze innehatten. Sie protestierten gegen die Beteiligung der Mehrheitssozialisten an der Streikleitung und besonders auch dagegen, daß der „Vorwärts" weiter erscheinen darf. Sie fordern dafür natürlich desto nachdrücklicher Freiheit für sich selbst, nämlich die Freiheit, andere zu unterdrücken. Sie selbst aber sind es, die die Frage der Preßfreiheit auf eine reine Machtfrage hinausgespielt haben.

Beschleunigte Sozialisierung der Kohlenwirtschaft.

Die Reichsregierung hat heute dem Staatenausschuß folgenden Gesetzentwurf überreicht, der aller Voraussicht nach noch heute verabschiedet und dann sofort an die Nationalversammlung weitergegeben wird.

Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft.

§ 1.

Kohlen im Sinne dieses Gesetzes sind: Steinkohle, Braunkohle, Preßkohle und Koks.

§ 2.

Das Reich regelt die gemeinwirtschaftliche Organisation der Kohlenwirtschaft. Die Leitung der Kohlenwirtschaft wird einem zu bildenden Reichskohlenrat übertragen. Die Reichsregierung schließt die Kohlenerzeuger für bestimmte Bezirke zu Verbänden und diese zu einem Gesamtverband zusammen. Den Verbänden liegt die Regelung von Förderung, Selbstverbrauch und Absatz unter Aufsicht der Reichsregierung und des Reichskohlenrats ob. Die Reichsregierung regelt die Feststellung der Preise.

§ 3.

Vor der in § 2 vorgesehenen Regelung hat die Reichsregierung einen Sachverständigenrat für die Kohlenwirtschaft zu berufen, der aus 45 Mitgliedern besteht.

Je 15 Mitglieder sind nach näherer Bestimmung der Reichsregierung von den Arbeitgebergruppen und den Arbeitnehmergruppen der Arbeitskammern zu wählen. Von diesen entfallen:

auf den Ruhrbezirk einschließlich benachbarter Steinkohlenbezirke je 5 Arbeitgeber und Arbeitnehmer,

auf den oberschlesischen Bezirk je 2 Arbeitgeber und Arbeitnehmer,

auf den Saarbezirk je 1 Arbeitgeber und Arbeitnehmer,

auf den niederschlesischen Bezirk je 1 Arbeitgeber und Arbeitnehmer,

auf den Aachener Bezirk je 1 Arbeitgeber und Arbeitnehmer,

auf den sächsischen Stein- und Braunkohlenbezirk je 1 Arbeitgeber und Arbeitnehmer,

auf den mitteldeutschen Braunkohlenbezirk je 1 Arbeitgeber und Arbeitnehmer,

auf den Braunkohlenbezirk östlich der Elbe je 1 Arbeitgeber und Arbeitnehmer,

auf den rheinischen Braunkohlenbezirk je 1 Arbeitgeber und Arbeitnehmer,

auf die bayrischen Bezirke je 1 Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Werden in einzelnen Bezirken Arbeitskammern nicht bis zum 15. März 1919 errichtet, so hat die Reichsregierung bis zur Herbeiführung einer Wahl die auf solche Bezirke entfallenden Mitglieder auf Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft zu ernennen. 15 Mitglieder sind von der Reichsregierung zu ernennen. Von ihnen sollen 8 aus den Kreisen des Handels, 2 aus den Kreisen der technischen, 1 aus dem Kreise der kaufmännischen Angestellten sowie 6 aus dem Kreise der Kohlenverbraucher sowie je 1 aus den Kreisen der Sachverständigen für Kohlenbergbau, Kohlenforschung und Verkehrswesen entnommen werden.

§ 4.

Die Reichsregierung erläßt die näheren Vorschriften zur Durchführung des Gesetzes. Sie kann bestimmen, daß Zuwiderhandlungen gegen die von ihr erlassenen Vorschriften mit Geldstrafe bis zu 100 000 M., im Falle der Wiederholung außerdem mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft werden.

§ 5.

Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit dem Sozialisierungsgesetz in Kraft.

Der Generalstreik in Dresden vollständig gescheitert.

Dresden, 4. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Die Versuche der Spartakisten und Unabhängigen, hier den Generalstreik zu inszenieren, sind als vollständig gescheitert anzusehen. Auch im Plauenschen Grunde, dem eigentlichen Herd der spartakistischen Umtriebe, blieben die Versuche im Anfangsstadium stecken. Es herrscht hier vollständige Ruhe.

Englisches Memorandum über Deutschlands Lage.

Genf, 4. März. (Meldung der Telegraphen-Kompagnie.) Der Vertreter Englands beim Obersten Wirtschaftsrat der Alliierten Poole hat nach einer Mitteilung der „Information" dem Wirtschaftsrat eine Denkschrift vorgelegt, in der er die Aufmerksamkeit der Alliierten auf die kritische Lage der deutschen Lebensmittelversorgung lenkt. Er führt folgende Gründe dafür an, die ihn veranlassen, die Situation in Deutschland als sehr ernst zu betrachten: 1. Die Lebensmittelfrage wird in Deutschland, wenn das Ausland nicht sofort Hilfe leistet, in einigen Monaten so verzweifelt sein, daß das Land mit höchster Wahrscheinlichkeit von einer politischen und wirtschaftlichen Katastrophe heimgesucht werden wird. Die Folgen, die daraus entstehen, könnten für die Alliierten sehr unangenehm sein. 2. Unter den augenblicklichen Umständen ist es den Alliierten unmöglich, Deutschland die Quantitäten von Lebensmitteln zu liefern, die seinen Bedürfnissen entsprechen. Zur Abhilfe gäbe es kaum ein anderes Mittel, als

Aufhebung der Blockade,

zum mindesten aber der Lebensmittelblockade, um Deutschland instandzusetzen, die nötigen Lebensmittel selbst einzuführen. 3. Da die Aufhebung der Blockade vor der Annahme der Friedensbedingungen durch die Deutschen nicht erfolgen kann, ist es nötig, daß der Abschluß des Friedens oder Vorfriedens sofort erfolgt.

Parteitag der Unabhängigen.

Nach Eröffnung der heutigen Vormittagssitzung teilte der Vorsitzende Brühl mit, daß in der vergangenen Nacht Dr. Ernst Meyer aufs neue verhaftet worden ist. Die Wohnung des Parteitagsdelegierten Schöning wurde von Regierungstruppen durchsucht, aber nichts gefunden. — Der Parteitag nahm diese Mitteilungen mit Pfuirufen entgegen.

Die gestern von Haase und Däumig eingebrachten Resolutionen sollen von einer Kommission zu einer gemeinsamen Resolution verarbeitet werden.

Zu seinem Referat über die internationale Konferenz in Bern erhielt das Wort

Karl Kautsky: An Stelle Kurt Eisners zum Referenten bestellt, widmete er dem durch ein tragisches Geschick aus dem Leben Geschiedenen einen ehrenden Nachruf.

Ueber die Berner Verhandlungen führte der Redner u. a. aus: Mit der Ansicht, daß die Sozialdemokratie bei einem Kriege zu ihrem Lande stehen muß, stand die deutsche Mehrheitspartei allein da. — Der Völkerbund, wie er jetzt in Paris gemacht wird, ist eine Mißgeburt. Er muß unter dem Druck des Proletariats aus einem Bund der Regierungen zu einem Bund der Volksvertretungen umgestaltet werden.

Wir können es nicht billigen, daß nur die deutschen Kolonien unter internationale Verwaltung gestellt werden. Alle Rohstoffquellen müßten international bewirtschaftet werden. — In der elsaß-lothringischen Frage ist eine Volksabstimmung nötig. — Zur Frage der Schuld am Kriege gelang es nicht, den deutschen Mehrheitssozialisten eine klare Erklärung zu erlangen, daß sie durch ihre Politik am Kriege mitschuldig seien.

Die englischen und französischen Genossen erklärten, nichts erschwere ihnen die Verteidigung des deutschen Volkes in ihren Ländern mehr, als die Haltung der deutschen Mehrheitssozialisten. — Die internationale Konferenz hat gezeigt, daß in der

Haltung der englischen Arbeiter

eine kolossale Wandlung zugunsten des internationalen Sozialismus vor sich gegangen ist. Sie sind sich im Kriege ihrer Macht und der Bedeutung des Sozialismus bewußt geworden. Deshalb können wir bedeutende Wandlungen in England erwarten. Dort sind die Bedingungen für die Sozialisierung günstiger wie in Deutschland. Die Internationale war bisher nur eine Institution zur Propaganda des Sozialismus. Jetzt muß sie eine Institution zur Durchführung des Sozialismus werden. (Lebhafter Beifall.)

Es sind bereits 63 Wortmeldungen eingetragen.

Nach Kautsky spricht Klara Zetkin mit unbegrenzter Redezeit als Vertreterin der linksradikalen Richtung. Sie geißelt die Politik Kautsky und der U. S. P. D. als Halbheit und erntet den stürmischen Beifall eines Teils der Versammlung und der Tribünen.

Industrie und Handel.

Die Börse. Auf den Ausbruch des Generalstreiks hin zeigte die Börse bei geringfügigem Geschäft sich verhältnismäßig widerstandsfähig. Die Eröffnungskurse wiesen auf allen Märkten nur geringe Senkung gegen gestern auf, nur Auslandswerte lagen fest. Schiffahrtswerte, die niedriger eingesetzt hatten, konnten sich im weiteren Verlaufe erhöhen. Ebenso konnte man bei Montanwerten später einige Aufbesserungen gegen die Eröffnungskurse beobachten. Chemische Werte lagen schwach. Bei Rüstungs- und Elektrizitätsaktien hielten sich die Kursabschläge in engen Grenzen. Kriegsanleihen gingen weiter zurück.

Kommunalwahlergebnisse.

Varbamm. Gewählt sind 7 Soz., 2 Bürgerl.

Drieten. Gewählt sind 11 Soz., 13 Bürgerl.

Kehlin. Bereinigte Soz. 715 Stimmen (11 Sitze), Bürgerliche 4[illegible] Stimmen (7).

Mülheim a. Ruhr. Soz. 9414 Stimmen. U. S. P. und Kommunisten 4884. Zentrum 8675. D. Volksparteiler 5156. Deutschnat. 3063. Dem. 2852. Wirtschaftl. Verein 706. Die Wahlbeteiligung war äußerst schwach.

Groß-Berlin

Die juristische Sprechstunde fällt bis auf weiteres aus.

Der Oberbefehlshaber der Regierungstruppen hat das Recht der Genehmigung öffentlicher Versammlungen in geschlossenen Räumen auf den Polizeipräsidenten von Berlin übertragen.

Schönebergs neues Stadtparlament.

In Schöneberg trat gestern die neugewählte Stadtverordnetenversammlung zu ihrer ersten Sitzung zusammen.

Stadtv. Hoffmann (Unabhängiger) übernahm als Alterspräsident den Vorsitz und begrüßte die Versammlung. Er wies auf den Streit hin, der das öffentliche Leben erfüllt. In Berlin, sowie er, führt man mit Kanonen und Maschinengewehren umher (Unruhe), bewaffnet bis an die Zähne. (Zuruf: Warum denn?) Auf der anderen Seite sehen wir den ruhigen Kampf der Volksmasse, die um Anerkennung der ihr bisher vorenthaltenen Rechte auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete kämpft. (Zuruf: Die Wahl hat doch stattgefunden!) Gewählt sind Sie auf Grund eines anderen Wahlrechts (Zuruf: Na also!), wonach wir die Interessen aller gleich vertreten sollen. Oberbürgermeister Dominicus: Ich darf wohl von Ihnen annehmen, daß Sie keine politische Rede von mir erwarten. (Sehr richtig!) Ich beschränke mich darauf, Sie zu begrüßen. Für unsere Verwaltung können wir der kommenden Zeit mit einer gewissen Beruhigung entgegensehen. Gerade in Schöneberg ist der Prozentsatz der Neugewählten verhältnismäßig klein. Ich hoffe, daß die Neuen bald in demselben Sinne und Geist wie die Alten arbeiten werden. Der Oberbürgermeister vereidigte darauf die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung durch Handschlag.

Die Fraktionen haben folgende Stärke: es gehören 20 Stadtverordnete zur Fraktion der Sozialdemokraten, 7 zur Fraktion der Unabhängigen, 14 zur Fraktion der Demokraten, 25 zur Neuen Fraktion, die sich zusammengeschlossen hat aus den Vertretern der Deutschnationalen Volkspartei (13), der Deutschen Volkspartei (5), der Christlichen Volkspartei (4), der Wirtschaftlichen Vereinigung (3).

Bei den Vorstandswahlen wurde zum Vorsteher der Stadtverordnete Czeminski (Soz. Fraktion) mit 45 Stimmen gewählt. Stadtv. Teuser erhielt 17 Stimmen. Zum Vorsteher-Stellvertreter wurde Stadtv. Teuser (Neue Fraktion) mit 48 Stimmen gewählt. Durch Zuruf wurden gewählt zu Beisitzern Stadtv. Rotländer (Soz.) und Stadtv. Lassen (Demokr.), zu ihren Stellvertretern Stadtv. Frl. Ehlert (Neue Fraktion) und Stadtv. Frl. Barth (Demokr.).

Die Sitzungen werden, wie bisher, am Montag stattfinden und gewöhnlich um 6 Uhr beginnen.

Die Versammlung trat dann sogleich in die Beratung der Magistratsvorlage auf Gewährung einer Besoldungszulage ein. Sie wird Magistratsmitgliedern, Beamten, Lehrpersonen der höheren und mittleren Schulen einschl. Kriegsbeitragsbeträgen sowie dauernd beschäftigten Privatdienstverpflichteten gewährt, gilt vom 1. Januar 1919 ab, beträgt gleichmäßig 1200 M. und ist ruhegehaltsfähig. Stadtv. Frl. Barth (Demokr.) vermißte in der Vorlage die Umsetzung des bevölkerungspolitischen Gedankens in die Praxis. Sie forderte, die verheirateten Beamten und Lehrer unter der Berücksichtigung der Kinderzahl günstiger zu stellen. Stadtrat Waßmannsdorff will damit warten, bis der Staat vorgeht. Gegen die Unterscheidung zwischen Verheirateten und Unverheirateten erklärte sich Stadtv. Block (Neue Fraktion). Stadtv. Güter (Soz.) beantragte Streichung der in der Vorlage enthaltenen Bestimmung, daß die für die Zeit seit Januar schon gezahlten Teuerungszulagen angerechnet werden sollen. Stadtv. Peterson (Unabhängiger) bedauerte, daß auf die geringen Gehälter nicht mehr Zulage als auf die hohen gewährt werden soll. Eine solche Staffelung erklärte auch Stadtv. Freter (Soz.) für nötig. Der Antrag Güter auf Nichtanrechnung der schon gezahlten Teuerungszulagen gelangte zur Annahme und mit dieser Aenderung die ganze Vorlage.

Ein dringlicher Antrag der Unabhängigen forderte, daß auch fernerhin die Schulaulen zu Versammlungen überlassen werden. Stadtv. Peterson (Unabh.) klagte über die Versuche, die Herrschaft der Schulaulen wieder zu beseitigen. Oberbürgermeister Dominicus versicherte, wegen vorgekommener Beschädigungen der Aulen sei die Frage der Verweigerung bisher lediglich erwogen worden. Am weiteren Verlauf der Debatte schlug Stadtv. Jaworn (Neue Fraktion) vor, die Schulgebäudefrage vor der Vertagung zu prüfen. Hierwegen wandte sich Stadtv. Doerwald (Unabh.). Die Stadtverordneten Fritsch (Soz.) und Rothmann (Soz.) stellten fest, daß aus den in Schulaulen abgehaltenen Versammlungen der Sozialdemokratie ihnen von vorgekommenen Störungen und Beschädigungen nichts bekannt geworden ist. Der Antrag Peterson wurde angenommen.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Pankow. Von Mittwoch auf Abschnitt 16 1 Päckchen häuslicher Seife (je 125 Gramm 1,20 M.).

Weißensee. Auf die Abschnitte 91 und 92 je 250 Gramm Marmelade. Die Lebensmittelkarten sind bis Donnerstag bei den Händlern zur Abtrennung der Abschnitte vorzulegen.

Verantwortlich für Politik Arthur Stadthagen, Charlottenburg; für den übrigen Teil des Blattes Alfred Schulz, Neukölln; für Anzeigen Theodor Glocke, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3.

Briefkasten der Redaktion.

Ueber für den Briefkasten bestimmten Anfrage schge man einen Buchstaben und eine Nummer bei. Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. Eilige Anfragen trage man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, 2. Hof links, 4 Treppen, 4 bis 7, Sonnabends 3 bis 6 Uhr nachmittags vor. Schriftstücke und Briefe sind mitzubringen.

H. Th. 20. Leider nicht. — **Emil 1862.** Nur dann, wenn der Mann als Rentenempfänger verstorben ist, sonst nicht. — **W. 300.** 1. Nein. 2. Ja — **C. G. 10.** Können wir nicht feststellen. — **B. G. 13.** Dafür sind örtliche Verordnungen maßgebend. — **Bunzlau.** 1. und 2. Bezirkskommando. 2. Nicht feststellbar. — **Idstein.** 1. Nein 2. Angemessene Zeit nach Vereinbarung mit der Infektion — **A. 41.** Die Neuwahl des Gemeindevorstehers läßt sich nicht erzwingen, sie erfolgt nach Ablauf der Amtsperiode bezw. nach Niederlegung. — **E. L. 225.** Gesetzliche Verpflichtung hat die Landesversicherungsanstalt nicht. Der künstliche Fuß kann jedoch gewährt werden. — **A. K.** 1. Das wäre möglich, machen Sie einen Versuch. 2. und 3. Nein. — **H. S. 18.** 1. Zentrale der Erwerbslosenfürsorge, Kaiser-Wilhelm-Straße 45. 2. Nur dann, wenn Sie nach dem 9. November entlassen sind. 3. Ja, offen. — **K. W. 20.** 1. Beschweren Sie sich beim Regierungspräsidenten. Es kommt der Wert vom Jahre 1914 in Frage. 2. Die Familienunterstützung bis zu Ihrer Entlassung aus dem Lazarett steht Ihnen zu. 3. Ja, Schwangerschaftsgeld und Stillprämie. Wenden Sie sich an den dortigen Gemeindevorsteher. — **K. B.** Rüdeckerei. An den Landrat des betr. Kreises — **G. H. 100.** Ja — **R. C. 59.** 1. Ja 2. Beschwerdeführend an das Kriegsministerium. — **W. R. W.** Dafür ist die dortige Kreisverwaltung zuständig. — **M. S. 56.** Die Forderung auf den erhöhten Preis halten wir für ungültig, lehnen Sie Zahlung ab. — **P. R. 54.** Wenden Sie sich an den Buchdruckerverband. — **E. K. 23.** 1. Ja, falls Sie ein Armenattest bekommen 2. Armenvorsteher Ihres Bezirks. Nach Erhalt des Attestes an das Prozeßgericht. **E. R. 15.** Nein. —, **W. 77.** Der Tag der defektmäßigen Entlassung ist maßgebend. Sie sind also zur Rückzahlung verpflichtet. — **J. M. Nowawes.** Nach Ihrer Darstellung liegt eine strafbare Handlung nicht vor. — **T. F. 15.** Ihr Schreiben haben wir an den Bund der Kriegsbeschädigten, Lindenstraße 114, abgegeben. Setzen Sie sich mit ihm in Verbindung. Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung haben Sie leider nicht. — **G. A. 100.** 1. Ja, und zwar innerhalb der ersten 10 Kalenderjahre nach Beginn der Versicherung mindestens 5 und in den späteren Jahren mindestens 4 Beitragsmonate. Wenden Sie sich an die Reichsversicherungsanstalt, Wilmersdorf, Hohenzollerndamm. 2. Ja. Antrag bei der Reichsversicherungsanstalt. — **E. P. 99.** Falls Sie im November in Beschäftigung getreten sind, vom 1. Dez. ab. — **L. Z. 77.** Etwa 19¾ Millionen jährlich. — **M. T. 7.** Falls der veranlagte Beitrag 20 Proz. der Staatseinkommensteuer beträgt, ist Ihre Bekannte zahlungspflichtig, sofern sie nicht aus der Landeskirche ausgeschieden ist. — **Amerika.** An den Bezirksvorsteher bzw. Magistrat — **L. 33.** Wir halten eine neue Scheidungsklage für aussichtsvoll. Das erste Urteil kann als Material benutzt werden. — **H. R. 1.** Darüber sprechen Sie mit dem Notar, der das Abkommen beurkunden soll. Von hier aus läßt sich das nicht beurteilen. — **F. H. 666.** Wenden Sie sich an das Bezirkskommando. — **C. L. 35.** Sofern es sich um für den Unterhalt aufgewendete Beträge handelt 2. Ja, oder anderweit unterzubringen. — **O. B. 55.** Ihre Darstellung reicht nicht aus, da Sie einmal von der Unfallrente, das andere Mal von Invalidenrente reden. Kommen Sie in die Sprechstunde. — **E. 10.** 1. Es sind nur die Eltern erbberechtigt. 2. Bis Ende Dez. d. J. — **Heidekamp.** 1. Die Lohnung kann bewilligt werden, wenn Bedürftigkeit vorliegt 2. An den Truppenteil. — **E. B. 100.** 1. Etwa 3 M. ohne Insertionsgebühren. 2. Ja, beantragen Sie ein Sammelaufgebot. — **B. 700.** Die Arbeitsbedingungen und die Höhe des Lohnes unterliegen der freien Vereinbarung. Dienstbuch nicht erforderlich. — **G. 80.** Das ist Sache der Väter. — **D. 9.** Nein. — **F. B. 28.** 1. Ein Zurückbehaltungsrecht steht der Verwaltung nicht zu. Die gesetzlichen Erben können das Entlassungsgeld, ebenso den unter 1 erwähnten Lohn fordern. — **Welzow 3000.** Das Bezirkskommando ist zuständig. — **K. 99.** 1. bis 3. Besondere Nahrungsmittel nach Vollendung des sechsten Schwangerschaftsmonats. Hebammen- oder ärztliches Attest über die Dauer der Schwangerschaft. Antrag bei der Krankenkasse. 4. Nicht bekannt. — **O. 32.** 1. Ja. 2. Wegen der wesentlichen Verteuerung des Unterhalts. — **T. R. 102.** Ja. — **Re 1250.** Bei der Veranlagung erfolgt die Schätzung nach dem jetzigen Einkommen. — **W. F. 29.** Sie haben Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung, wenden Sie sich an die für Ihre Wohnung zuständige Anmeldestelle. — **J. St. 20.** Zur Nachzahlung ist das Lazarett verpflichtet. — **R. H. 33.** 1. Nein. 2. Stadt Berlin, es ist aber die angegebene Frist verstrichen. 3. u. 4. Leider nicht, versuchen Sie es jedoch mit einem Gesuch an das Kriegsministerium. — **O. R. 20.** Fragen Sie einen Fachmann. — **K. B. 15.** Die Entlassung ist in Kürze zu erwarten. — **R. K. D.** Ja — **G. S.** Leider nicht — **B. 15 219.** Vorgesetzte Dienstbehörde. — **B. W. 100.** Nein.

Pelzwaren

Gr. Lager in Besätzen Rollkragen Mollen Bälgen in Marder Skunks, Alaskafuchs u. allen sonstigen billig. Pelzarten. Umarbeitungen.
R. Michaelis Kürschnermeister Gr. Frankfurter Str. 97, am Strausberger Platz. Fernspr.: Königst. 8161.

„Fredy" Zigaretten-Vertrieb Brunnenstr. 17. Zigarren, Zigaretten, Kautabak zu Tagespreisen. Fernruf: Norden 2343.

Möbel Ogiere billig. Eich. Schlafzimmer mit Bettche-Einrichtung 1875 Mark. Küchen mit Friedensleist gestrichen, äußerst solid 675 Mark. Lagerung kostenlos. Zahlungserleichterung auf Wunsch. **Neugebauer** Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 126 Ecke Schillerstraße. Kein Laden.

Haemorrhoiden schwind. schnell u. schmerzl. durch Myrobalanum, sicher bew., äußerl. Anw. 4.50 M. Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4

Platin Gramm 10 M. Silber, Gold, Zahngebisse, Zahn bis 6 M. kauft Frau Clafe, Münchenstr. 40 13865*

Automobil-Gelegenheits-Käufe.
5/14 Adler - Torpedosportype, 4sitzig.
5/12 Adler - Torpedosportype, 2sitzig.
6/16 Lorelzy - Torpedosportype, 2sitzig.
5/14 Opel - Torpedosportype, 4sitzig.
5/22 Brennabor-Torpedosportype, 6s.
10/25 Overland - Torpedosportype, 4s.
5/12 Opel - Torpedosportype, 2sitzig.
5/14 Wanderer - Torpedosportype, 2s.
10/30 Minerva - Torpedosportype, 6s.
8/20 Benz - Torpedosportype, 6sitzig.
Sowie div. andere Wagen:
Daimler, Stoewer, Minerva, Mercedes, Benz etc.
Georg Speier, Maschinenfabrik, Berlin-Halensee, Joachim-Friedrich-Straße 37/38. Amt Uhland 7356 und 7357.

Möbelauf sehr günstig bei **J. Rubin** Neue Schönhauser Str. 15

10 000 Reklamezettel 10. Buchdruckerei Rund Palisadenstr. 103 Anfertigung sofort. Drucksachen

Kautabak in Rollen und Stangen aus reinem Tabak. **Zigarren Zigaretten** jeden Posten an **Wiederverkäufer** abzugeben in den **Zigarren-Geschäften** (Abteilung en gros) Friedrichstr. 244 (Hall. Tor), Alexanderstr. 9 (beim Pol.-Pr.)

Ersatz-Räder für Kasten- u. Leiterwagen liefert in allen Größen **G. Wagner,** Cöpenicker Str. 71.

Gitarrezithern mit Unterlegnoten 28.—, große Gallordine 38.— (Wolmer, cc. 60—80), Mandolinen, Gitarren 45.—, erstkl. 65.—, Konzertlaute 125—145.— Schülervioline 45.—, Konzertgeige m. Etui 80.—, Künstlervioline 145.—, Unterricht 8.—, Monatsbonnement. (10tägiger Schnellkurs.) Ernst, Oranienstr. 166, 3 Tr.

Am Lager vorrätig: Drehbänke, Fräsmaschinen, Bohrmaschinen, Hobel- u. Shaping-Maschinen sowie alle anderen Werkzeugmaschinen neu u. gebraucht Lgr. Amt **A. Magnus,** Berlin C. 18, Dircksenstraße, Amt Norden 137.

Harmonium mit eingebautem Spielapparat, ausbaubar Kirchenmusik spielend, 650.—. Salonharmonium 375.— Patentgermonium 245.— Harmonium-Spielapparat mit 500 Noten 95.— (evtl. Ratenzahlung). Berger & Co., Oranienstr. 166, Prinzenstr. 85.

Motor-Schnellboot, 1 Cyl. Benz, 9 m Holzrumpf, 28 km, verkauft Bootswerft Schultes, gegenüber Führer Baumschulenweg. 10305

Möbel jeder Art preiswert. Große Auswahl. **Möbel-Lechner** BERLIN Brunnenstraße 7, Nähe Rosenthaler Platz. Teilzahlung gestattet.

Gelegenheitskäufe

in Musikinstrumenten jeder Art, verwiegend Friedensware, zu herabgesetzten Preisen.

Sprechmaschinen mit Trichter Nr. 300 303 305 311 324 327 328 329 328 364
24 40 — 65 80,— 110,— 125,— 145,— 175 — 250,— 350,—

Sprechmaschinen, trichterlos Nr. 357 369 373 374 392 396 398 405 409 410 418
31 — 50,— 60 — 65,— 95,— 125,— 165,— 185,— 225,— 275,— 450,—

Schallplatten, gross doppelseitig bespielt, zurückgesetzt, gespielt 1,95 Prima Masse 4,50 6,50

Mennenhauer Zithern u. Prima Fabrikate Saitk. 14,50 u. 22,50 Saitk. 28,— 40 — 50 — Saitk. 55,— 60 — 75,—

Violinen in ¼, ½, ¾ u. ⅞ Größe für Anfänger, Schüler u. Konzertinstrumente Nr 1 3 5 9 16 24 27 32 35 39
7,50 8,90 14,— 16,— 19,50 22,— 28 — 32 — 40,— 54,—
Nr. 48 44 45 49 51 54 62 65
65,— 110,— 125 — 150,— 165,— 175,— 185,— 225,—
Nr. 69 72 74
285,— 350 — 500,—

Mandolinen Nr. 60 69 72 82 84 90 98 99
28,— 32,— 45,— 54,— 65,— 74,— 87,— 110,—
Nr. 99 102 109 120
125,— 145,— 165,— 180,—

Gitarren Nr. 124 127 129 137 138 139 140 149 141
44,— 50 — 60,— 74,— 80,— 95,— 110 — 135,— 155,—

Konzert-Lauten mit hochgewölbtem Boden Nr 152 156 159 159 162 165 171
70,— 90 — 98 — 110,— 125,— 145,— 160,—
Nr. 176 178 179 180
190,— 250 — 280,— 350,—

Ziehharmonika, Sauer, 10 Tasten, 4 Bass. 1046 1048 1048
30,— 48,— 60,— 75,— 90,— 95,— 110 — 135

Schulz & Gundlach, Berlin, Alexanderstrasse 16 (½ Min. v. Alexanderplatz). Größtes Musikinstrumenten-Lager Deutschlands. Filiale Kottbuser Damm 6, Neukölln, Bergstr. 182. Turmstr. 59, Invalidenstr. 81, am Stettiner Bahnhof

MÖBEL für heimgekehrte Krieger in geschmackvoller, stilgerechter Ausführung gegen bar und auf Kredit. Meine **Einheits-Zimmer** sind aus nur astreinem, ausgetrocknetem Holz hergestellt und finden allseitige Bewunderung. — vollständige — Wohnungs-Einrichtungen wie: Speisezimmer, Wohnzimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, Salons, farb. Küchen, weisslack. Schlafzimmer u. Töchterzimmer. Dielen — Leder — Polster. **MÖBEL** Brunnenstrasse 1, Frankfurter Allee 350, Kottbuser Damm 103, Chari., Scharrenstr. 5. Fahrgeld!

Für alle Volkskreise! Jung und alt, arm und reich gleich spannend, lehrreich, fesselnd, interessant, schlicht und wahr ist der Inhalt des Aufsehen erregend. Buches „Drei Jahre Sibirien"

Erlebn. eines Neutralen mit amtl. Dokumenten d. Schweizer Regierung. Mit 10 Vollbildern. Preis gen. M. 1,75, geschmackvoll geb. M. 2,75 u. 40 Pf. Nachnahmespesen. Zu bez. vom Verlag: Allgem. Schweizerbund, Leipzig 61 Yorkstr. 8

Möbel-Beiser Lothringer Str. 67 liefert auf bequemste Teilzahlung und gegen bar Bürgerliche Wohnungseinrichtungen zu mäßigen Preisen. Komplett aufgestellte Wohn-, Schlaf-, Speise- und Herrenzimmer in großer Auswahl. Einzelne Möbel u. farbige Küchen.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.

Mittwoch, den 5. März, abends 6½ Uhr, in den **Arminhallen, Kommandantenstr. 58:**

Vertrauensmänner - Versammlung.

Tagesordnung: **Zur Situation.**

Die Vertrauensleute und Druckereikassierer werden gebeten, vollzählig zu erscheinen.

Der Gauvorstand.

Selbständigkeit für **Kriegsbeschädigte** mit etwas Kapital. Wir richten **Wasch-Anstalten** mit und ohne Dampfkessel für Hand- und elektrischen Betrieb ein. Möglichste Zahlungserleichterungen. 6199* **Forster Wäschereimaschinenfabrik,** Ramsch & Kammer, Forst, Lausitz 1.

Zukunft! Junge Leute! Motorenbach. Wer tatkräftiger Motorfahrer, Werkmeister, Techniker, Betriebsaufseher werden will, nehme Teil an unseren Lehrkursen ohne Berufsfähig. Prospekt frei. Dr. Moeller u. Schrader, Berlin-Pankow, Schulstr. 7.

Tüchtige Vertreter und Reisende für neuen Schlager. Bei Erfolg Generalvertrieb, ev. auf eigene Rechnung. Großer Artikel auch für Anfänger. Off. Plauen i. V., Schließfach 169.

Pianos gegen bar und auf Teilzahlung. Pianohandlg., Berlin, Gödenstr. 10, pt.

Zeitungshändler werden fortlaufend eingestellt Wilhelmstr. 9 I.

Arbeitersekretär für Magdeburg gesucht.

Für das hiesige Arbeitersekretariat wird ein 296/8

Sekretär

gesucht. Die Anstellung erfolgt nach den Bestimmungen des Vereins Arbeitersekretäre. Es wird auf eine erste Kraft reflektiert, die mit den Arbeiten eines solchen Instituts durchaus vertraut ist und, wenn möglich, eine mehrjährige Tätigkeit in gleicher Stellung nachweisen kann. Der Antritt muß möglichst sofort erfolgen. Gehaltsforderungen sind mit der Bewerbung bis zum 8. März an den Vorsitzenden des Gewerkschaftskartells Magdeburg, August Flügge, Gr. Münzstr. 8, zu senden.

Die „Rheinische Zeitung" sucht zur Verstärkung ihres Redaktionsstabes einen

tüchtigen Redakteur

der vor allem Befähigung und Neigung zur Bearbeitung kommunaler und lokaler Fragen besitzt. Eintritt sofort. Angebote bis zum 12. März an den Vorsitzenden der Preßkommission Johann Erpenbach, Köln-Ehrenfeld, Marienstr. 12. 298/9*

Tüchtiger Parteisekretär für den Soz. Verein Niederbarnim gesucht.

Derselbe muß gewandter Redner und Organisator sein. Kenntnisse der Verhältnisse in kleinen Landgemeinden erforderlich. Gehalt richtet sich nach den Beschlüssen der Verbandsgeneralversammlung. Parteirichtung ist anzugeben. Zuschriften mit der Aufschrift „Bewerbung" sind bis zum 22. 3. 19 an G. Armbrust, Bureau d. Deutschen Tabakarbeiterverbandes, Zahlstelle Berlin, Dragonerstr. 4 zu richten.

Lokalbeamter gesucht.

Für die Zahlstelle Berlin des Deutschen Tabakarbeiterverbandes wird zum baldmöglichsten Antritt ein Lokalbeamter gesucht. 283/10

Derselbe muß in der Tabakindustrie bewandert sein, Sozialpolitische und organisatorische Vorkenntnisse besitzen. Gehalt regelt sich nach den Beschlüssen der Verbandsgeneralversammlung. Parteirichtung ist anzugeben. Zuschriften mit der Aufschrift „Bewerbung" sind bis zum 22. 3. 19 an G. Armbrust, Bureau d. Deutschen Tabakarbeiterverbandes, Zahlstelle Berlin, Dragonerstr. 4 zu richten.

Durchaus tüchtiger Meister sowie 12889 **1 Gehilfe für Färberei u. Wäscherei** sofort gesucht. Gute Lebensverhältnisse am Ort. Offerten mit Lohnansprüchen an die **Färberei u. Chem. Wäscherei Heinr. Wagner Nachf.** Limburg an der Lahn.

Tüchtiger Betriebsleiter

wird gesucht von einer Propagandastelle. Bedingung: Große Umsicht, Gewandtheit, Erfahrung im Verbandswesen, Buchführung, Behandlung des Personals, organisatorische Befähigung. Der Betriebsleiter muß imstande sein, für den Chef alle vorkommenden Arbeiten bis zur Unterschrift vorzubereiten und ihn gelegentlich auch zu vertreten.

Offerten mit Gehaltsansprüchen, Parteistellung und bisheriger Tätigkeit unter H. 15, Hauptexpedition des „Vorwärts".

Wir suchen für sofort einen tüchtigen Heizer für Dampfkesselbetrieb mit langjährigen Erfahrungen, die er durch Zeugnisse beweisen kann. 13879

R. Stock & Co., A.-G., Berlin-Marienfelde.